

Relikte des Kalten Krieges blockieren Abrüstung

Autor(en): **Ordnung, Carl**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **91 (1997)**

Heft 4

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-144034>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

dieser «das zweite gewaltige Prinzip der ganzen Bibel». Ragaz' sprachliche Geschmeidigkeit und sein auf uns Heutige seltsam wirkender pathetischer Orgelton gehen hier ineinander über.

Oder *Rabbi Pinchas*: «Wer sagt, die Worte der Lehre seien eine Sache für sich und die Worte der Welt seien eine Sache für sich, wird ein Gottesleugner genannt.» Rabbi Pinchas gehörte zum Kreis des Baalschem, er hat in Korez (Korzec in

Wolhynien) gelebt und ist 1791 gestorben.

Oder Rabbi Chanoch, der zu den späten Lehrern gehört – als sein Todesjahr wird 1870 angegeben: «Auch die Völker der Erde glauben, dass zwei Welten sind; <auf jener Welt>, sagen sie. Der Unterschied ist dies: Sie meinen, die zwei seien voneinander abgehoben und abgeschnitten, Israel aber bekennt, dass beide Welten im Grunde eine sind und dass sie eine werden sollen.»

Carl Ordnung

Relikte des Kalten Krieges blockieren Abrüstung

Auch der folgende Beitrag ist Bruno Schottstädt gewidmet. Der Verfasser, Carl Ordnung, war schon zu DDR-Zeiten ein gerngelesener Mitarbeiter unserer Zeitschrift. Die «Wende» hat – anders als bei andern – sein kritisches und selbstkritisches Denken nicht beeinträchtigt. Das zeigen verschiedene Beiträge, die wir seither von unserem Freund veröffentlichen durften. Mit ihm vermissen wir die Friedenspolitik, die seit «1989» angezeigt wäre. Carl Ordnung sieht «Relikte des Kalten Krieges» einerseits in der NATO, die heute krampfhaft nach einer neuen Legitimation sucht, aber auch in der Rüstungspolitik westlicher Mächte, allen voran der USA, die noch den Klischees des Ost-West-Gegensatzes verhaftet sind, auf die Gefahr hin, einer neuen Konfrontation Vorschub zu leisten.

Red.

Nachwirkende «Grundtorheit unserer Epoche»

In einem selbstkritischen Rückblick habe ich es 1993 als – auch persönliche – Schuld bekannt, dass wir uns in der CFK (Christliche Friedenskonferenz) der DDR durch *Thomas Manns These vom Antikommunismus* als «der Grundtorheit unserer Epoche» immer wieder dazu verführen liessen, Hinweise auf die Verbrechen des Stalinismus und andere Defekte des Realsozialismus als antikommunistische Propaganda abzutun. Wahrscheinlich hat dieser in den realsozialistischen Ländern verbreitete Umgang mit Thomas Manns Aussage

dazu beigetragen, dass ihr Wahrheitsgehalt verdeckt und dass nach 1990 der Antikommunismus weder problematisiert noch als Hemmnis für Kooperation und Verständigung erkannt wurde. So blieb diese Ideologie des Kalten Krieges virulent und beförderte Fehlentwicklungen, mit deren Folgen wir heute – sieben Jahre nach der «Wende» – konfrontiert sind. Ich nenne drei:

- Die *bleibende Entfremdung zwischen Deutschen in West und Ost*: Im Gespräch mit (manchen) Bürgerinnen und Bürgern der alten Bundesrepublik spürt man deutlich das Weiterwirken antikommunistischer Vorurteile, die sie in der Überzeugung verharren lassen, besser zu wissen,

wie es in der DDR wirklich war, als wir zuzugeben bereit seien.

– Die *jugoslawische Tragödie*: Eine der Ursachen dürfte der noch virulente Antikommunismus in der damaligen deutschen Aussenpolitik gewesen sein, die mit Nachdruck für die Verselbständigung der Teilrepubliken gegen die Kommunisten in Belgrad eintrat, statt die Kräfte zu unterstützen, die den Zusammenhalt des Vielvölkerstaates trotz aller Probleme für möglich hielten.

– Die *NATO-Osterweiterung*: Auch hinter diesen Plänen sind Elemente jener «Grundtorheit» auszumachen – und zwar nicht nur bei den USA und der NATO, sondern auch bei den osteuropäischen Ländern, die in dieses Militärbündnis drängen. Es besteht die Gefahr, dass dieser anachronistische Politikansatz auch hier zu negativen Konsequenzen führt. Die grosse Mehrheit der Teilnehmenden einer Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit, zu der der Genfer NGO-Sonderausschuss für Abrüstung und der Ungarische Friedensverband vom 31. Oktober bis 1. November 1996 nach Budapest eingeladen hatten, war der Meinung, dass Europa damit «auf die schwerste Ost-West-Krise seit dem Höhepunkt des Kalten Krieges» zusteure.

«Kernwaffen sind in sich gefährlich»

Befürchtungen, die in eine ähnliche Richtung gehen, wurden fast zur gleichen Zeit von einer Stelle geäussert, von der man das am wenigsten erwartet hätte. Am 4. Dezember 1996 trat in Washington *General Lee Butler*, bis Anfang der 90er Jahre Chef des strategischen Luftwaffenkommandos der USA, öffentlich für die schnellstmögliche *Abschaffung aller Nuklearwaffen* ein, also genau jener Massenvernichtungsinstrumente, über die er jahrelang die oberste Befehlsgewalt ausgeübt hatte. Seine Begründung: «Kernwaffen sind in sich gefährlich, extrem teuer und militärisch ineffizient.» Der General erklärte auf einer Pressekonferenz, dass wohl niemand über das Ende des Kalten Krieges erleichterter gewesen sein könne als er.

Habe er doch die immer unerträglicher werdende Last der Verantwortung für «Aufbau und Erhaltung nuklearer Arsenale» seines Landes tragen müssen. Noch heute beunruhigten ihn «das immer verschlungenere Netz aus Politik und Strategie bei sich vervielfachenden Waffen- und Trägersystemen, die atemberaubenden Kosten, der erbarmungslose Druck fortgeschrittener Technologien, die grotesk zerstörerischen Kriegspläne, die täglichen Betriebsrisiken und die ständige Aussicht auf eine Krise, die das Schicksal ganzer Gesellschaften aufs Spiel setzt».

Anlass dafür, dass Lee Butler jetzt seine Stimme erhebt, ist sein «tiefer werdendes Unbehagen über das weitere Festhalten an den Grundsätzen und Praktiken des Kalten Krieges in einer Welt, in der sich unsere Sicherheitsinteressen von Grund auf gewandelt haben», und «dass an erster Stelle dieser Grundsätze unangefochten die *Ab-schreckung* steht». Obwohl er in seiner hier zitierten Erklärung mit keinem Wort auf die NATO-Osterweiterung eingeht, liegt auf der Hand, dass in den entsprechenden Plänen «Normen, Haltungen und Gewohnheiten» des Kalten Krieges weiterwirken.

Wenn Butler an «die Betäubung durch panische Angst» erinnert, «welche während des Kalten Krieges die Vernunft ausschaltete, den nuklearen Krieg denkbar und überquellende Waffenarsenale möglich machte», dann gilt das ohne Einschränkung auch für das politische und militärische Denken in der *Sowjetunion*, das gleichfalls von irrationalen Konfrontationsschemata geprägt war. Nur: Der sowjetische Machtapparat ist zusammengebrochen und stellt heute keine Bedrohung mehr dar. Im Westen ist dieser Apparat nicht nur erhalten geblieben; er sieht sich als Sieger und erkennt deshalb keine Notwendigkeit zu grundlegenden Veränderungen. Aber können so die Herausforderungen der neuen Weltsituation angemessen bewältigt werden?

Die Verweigerung gleicher Massstäbe

Der Westen verlangt von Russland, dass

es die *ausschliesslich friedlichen westlichen Absichten* ihm gegenüber anerkennen soll. Warum akzeptiert der Westen nicht die vielfach geäusserten friedlichen Absichten *Russlands* ihm gegenüber? Warum muss er sein Militärbündnis bis an die russische Grenze ausdehnen? Wenn darauf hingewiesen wird, dass Polen, Tschechien und Ungarn die zwar erodierenden, aber noch existierenden russischen Militärpotentiale objektiv als Bedrohung sehen, dann sollte umgekehrt zugestanden werden, dass die Russen die überlegenen *westlichen Militärpotentiale ebenfalls als Bedrohung* empfinden müssen. Die hier vorliegende Verweigerung gleicher Massstäbe war ein Grundmerkmal des Antikommunismus, das blind machte für Bedürfnisse und Befindlichkeiten der Gegenseite.

Wenn heute in den USA – nach Lee Butler – die Beibehaltung starker Nuklearstreitkräfte als Schutzzaun gegen den «Wiederaufstieg eines feindseligen Russland» gerechtfertigt werde, dann sei dies «ein offenes Zeichen des Misstrauens», das dem «historischen Übergang in der Welt-politik, dessen Zeugen wir geworden sind», nicht angemessen sei. Lee Butler sieht heute noch ein «Fenster der Gelegenheit» zur Abschaffung der Nuklearwaffen geöffnet, das aber sehr schnell geschlossen werde, wenn die *neue Kalte-Krieg-Politik der USA* wieder zur Konfrontation führe. Wenn die 1992 ausgehandelte C-Waffenkonvention, die – nachdem sie von über 70 Staaten ratifiziert wurde – im April 1997 in Kraft treten soll, praktisch zur Wirkungslosigkeit verdammt ist, weil die beiden grössten Besitzer von chemischen Waffen, die USA und Russland, sie immer noch nicht ratifiziert haben, dann zeigt das nicht nur, wie gross das Misstrauen zwischen beiden Mächten schon wieder (oder noch immer) ist, sondern auch, welche negativen Folgen dieses Misstrauen für eine friedliche Entwicklung der Welt hat.¹

USA «im Wettrüsten mit sich selbst»

Was veranlasst die USA, an den Grundsätzen und Praktiken des Kalten Krieges

festzuhalten? Sicher nicht eine von Russland ausgehende Gefährdung ihrer Position. *Mary Kaldor*, ausgewiesene Expertin in Fragen von Rüstung und Ökonomie im Ost-West-Konflikt, hat in mehreren Studien nachgewiesen, dass der Antikommunismus, der die Politik der USA nach 1945 massiv bestimmte, nicht primär die Reaktion auf eine wirkliche, von der Sowjetunion verursachte Bedrohung war. Vielmehr sah die politische Klasse in den USA darin das beste Mittel, um innergesellschaftliche Beunruhigungen und Spannungen zu neutralisieren und für ihr Pläne zum Ausbau des Militärs und zur Festigung ihrer Vorrangstellung in der Welt die Unterstützung der Bevölkerung zu erlangen. Ganz offensichtlich soll heute das Wiederaufleben der Konfrontationslogik vor allem das Fortbestehen der NATO rechtfertigen, die ein Relikt des Kalten Krieges und für eine Welt des Friedens überflüssig ist. Für den Aufbau einer solchen Welt kann ein gegen andere gerichtetes Militärbündnis kaum etwas beitragen.

Lee Butler spricht von den atemberaubenden Kosten moderner Waffensysteme. Nach letzten Informationen soll das *US-Militärbudget* in den nächsten fünf Jahren von 264 auf 287 Milliarden Dollar steigen. Allein für militärische Forschung und Entwicklung geben die USA jährlich 43,5 Milliarden Dollar aus. Das Washingtoner «Center for Defense Information» konstatiert: Nach dem Kollaps der Sowjetunion befänden sich die USA offensichtlich im «Wettrüsten mit sich selbst». Wem nützt das? Die zivile Produktion folgt den Gesetzen des Marktes, deren *Hauptziel Profit* und nicht die Befriedigung menschlicher Grundbedürfnisse ist. Deshalb werden immer neue Dinge entwickelt und durch die Werbung den Kunden als etwas angepriesen, das man unbedingt haben müsse.

Die Rüstungsindustrie fragt nicht, was etwa aus militärischer Sicht zur Landesverteidigung notwendig und ausreichend wäre, sondern sie entwickelt, was mit modernster Technik machbar ist. Wenn ein solches Waffensystem «ausgereift» und in die Produktion gegangen ist, beginnt sofort

die Arbeit an einem neuen, verbesserten, das dann relativ kurzfristig die veraltete Technologie ersetzen soll. In den USA hat man diese Methode als «Prinzip der Anschlussaufträge» beschrieben. Es führte zu einem gewissen *Selbstlauf des Rüstungssektors*. Auf diese Weise wurden auch Waffen entwickelt, die militärisch nicht mehr sinnvoll sind, wie etwa nukleare Massenvernichtungswaffen. So entstanden technisch immer kompliziertere, fehleranfällige und schwer bedienbare Systeme. Darum wurde sowohl in Vietnam als auch im Golfkrieg ein Teil der gefallenen US-Soldaten Opfer der eigenen Militärtechnik. Und die Kosten dieser Technologie steigen ins Unermessliche, zumal auf diesem «Markt» die Konkurrenz eingeschränkt ist.

Braucht die Konkurrenzgesellschaft ein Feindbild?

Mary Kaldor beschrieb diese Entwicklung als «Rüstungsbarock».² Auch wenn die Sowjetunion den Amerikanern in den meisten Positionen technisch unterlegen war, ihre Rüstung folgte ähnlichen Gesetzmässigkeiten. Solange noch wechselseitig ein Feind auszumachen war, gab es zumindest den Anschein einer Rechtfertigung für diesen Rüstungswettlauf. Aber heute bleibt als letzter Grund nur der *Profit* der Rüstungsindustrie und die Unfähigkeit, sich aus den Kategorien militärischen *Freund-Feind-Denkens* zu lösen? Lässt sich diese unheilige Allianz von Mars und Mammon angesichts steigender Arbeitslosenzahlen und der Infragestellung des Sozialstaates durch massive Einsparungen noch länger rechtfertigen? Wäre dem Frieden und der Menschlichkeit nicht besser gedient, wenn die für Rüstung und Militär vergeudeteten Summen hier eingesetzt würden?

Diese Fragen sind auch an die *deutsche Regierung* zu richten, die die NATO-Osterweiterung befürwortet und die Atomstrategie des Bündnisses ausdrücklich unterstützt: «Die eurogestützten Nuklearwaffen haben weiterhin eine wesentliche Rolle in der friedenssichernden Gesamtstrategie des Bündnisses, weil die konventionellen

Streitkräfte allein die Kriegsverhinderung nicht gewährleisten können. Deshalb wird die Bundesregierung nicht für einen Verzicht auf die Option der Allianz eintreten, ggf. Nuklearwaffen als erste einzusetzen.» Das erklärte die Bundesregierung am 12. April 1993.

Diese Fragen sind auch an die *deutsche Rüstungsindustrie* zu richten, der die Bundesregierung jährlich einige hundert Millionen DM zur Entwicklung moderner Waffen und Kriegsgeräte zur Verfügung stellt. Auf Proteste gegen die Minenproduktion bei Daimler Benz antwortete im Dezember 1996 Christoph Walther von der Leitung des Unternehmens in einem Brief: «Daimler Benz steht zur Produktion intelligenter Verteidigungstechnik.»

Oder braucht eine Konkurrenzgesellschaft, wie es die unsere ist, ein Feindbild? Kann sie ohne Gegner auf die Dauer nicht existieren? Würde sie sonst an sich selbst zugrunde gehen? Es gibt zumindest Anzeichen dafür.

Die neue BRD als wieder «normale» Militärmacht

Vor 40 Jahren, am 12. April 1957, traten 18 deutsche Atomwissenschaftler, unter ihnen Hahn, Heisenberg und Weizsäcker, mit ihrem *Göttinger Appell* an die Öffentlichkeit. Sie wandten sich gegen die Pläne zur Aufrüstung der westdeutschen Armee mit Atomwaffen und erklärten, dass sie nicht bereit seien, «sich an der Herstellung, der Erprobung oder dem Einsatz von Atomwaffen in irgendeiner Weise zu beteiligen». Es war die Zeit der Ostermärsche und der Gründung der CFK, die sich den Kampf gegen die Atomgefahr zu ihrer Hauptaufgabe gemacht hatte. *Bruno Schottstädt* hat jahrelang die CFK-Studiengruppe «Abrüstung» in der DDR geleitet. In den achtziger Jahren entwickelte sich dann jene breite Protestbewegung, die buchstäblich Millionen auf die Strasse brachte.

Und heute?!

Die neue BRD hält sich etwas darauf zugute, wieder eine «normale» Militär-

macht zu sein. Die Öffentlichkeit wird beinahe ausschliesslich von der unsäglichen Diskussion über Steuer-, Renten- und Gesundheitsreform bestimmt. Man redet über Globalisierung und den Wirtschaftsstandort Deutschland. Aber die globale Frage des Weltfriedens ist kein Thema. Als der Internationale Gerichtshof in Den Haag am 8. Juli 1996 auf Anfrage der UNO-Vollversammlung den Einsatz oder die Androhung des Einsatzes von *Atomwaffen* für *völkerrechtswidrig* erklärte, wurde das von den Medien in Deutschland kaum zur Kenntnis genommen: ganz zu schweigen davon, dass dieser Bescheid die Regierung in Bonn veranlasst hätte, ihre Unterstützung der NATO-Strategie (die ja sogar den Ersteinsatz dieser Atomwaffen nicht ausschliesst) zu überprüfen. Dagegen gibt es neuerdings von französischer und deutscher Seite sogar Überlegungen, die auf eine *europäische Atomstreitmacht* zielen. Als im Zusammenhang mit dem Auftreten Lee Butlers eine entsprechende Erklärung von Generälen und Admiralen für eine atomwaffenfreie Welt veröffentlicht wurde, war unter den über 80 Unterschriften aus 18 Ländern (besonders der USA und Russlands) nicht eine einzige von einem deutschen Militär zu finden.

Vor der CFK-Regionalkonferenz, die im Januar 1997 in Königswartha stattfand, sagte der Ökonomie-Professor *Peter Stier* (Berlin), für ihn sei einer der bedrückendsten Aspekte der gegenwärtigen Situation, dass die grosse Mehrheit in Deutschland die negativen Entwicklungstrends einfach hinnehme. Ähnlich hatte sich der wegen seiner Kritik an der bundesrepublikanischen Militärpolitik in den einstweiligen Ruhestand versetzte Flottenadmiral *Elmar Schmähling* auf der Tagung des Versöhnungsbundes 1996 geäussert: «Mit Fassungslosigkeit beobachte ich, was in diesem Land passiert. Nicht nur das, was durch die Regierung passiert; nicht nur das, was durch die Opposition nicht passiert. Fassungslos bin ich vor allem über die Lähmung, die in unserem Volk gegenüber einer katastrophalen politischen Entwicklung herrscht.»

Erfreulicherweise ist die Lage nicht ganz so düster. Nach wie vor engagieren sich zahlreiche Gruppen, Vereine, Organisationen – teilweise mit hoher Sachkompetenz – in den Fragen des Friedens. Ohne die Aktivitäten von internationalen Friedensorganisationen wäre es nicht zu der Anfrage der UNO-Vollversammlung gekommen, die den Internationalen Gerichtshof zu seinem Urteil veranlasst hat. Da sind die von kirchlichen Gruppen getragene Kampagne gegen Rüstungsexport, das Komitee für Grundrechte und Demokratie und der Friedensratschlag in Kassel. Da sind lokale Initiativen gegen Truppenübungsplätze. Die Kampagne für das Verbot der Landminen hat 1996 sogar gezeigt, dass es noch immer möglich ist, grössere Teile der Bevölkerung für *konkrete Aktionen* zu gewinnen. Nur, vieles wird von den Medien einfach nicht zur Kenntnis genommen.

Wenn aber ein Mann wie Lee Butler mit einem so dramatischen Appell an die Öffentlichkeit tritt, dann ist das ein Signal für den Ernst der Lage. Vielleicht könnten die Jahrestage des Göttinger Appells, aber auch des *Darmstädter Wortes*, das vor einem halben Jahrhundert das deutsche Volk zur Umkehr von Irrwegen aufrief, Anstösse zum Bewusstmachen der Situation geben. Vor allem müssten die Kirchen deutlich ihre Stimme erheben. Die Synode des DDR-Kirchenbundes hatte seinerzeit nicht nur die Verweigerung des Waffendienstes als das «deutlichere Friedenszeichen» qualifiziert, sondern auch die *Abschreckung* als *mit christlichen Positionen unvereinbar* verworfen. Das ist heute wieder aktuell, denn mit dem Festhalten an Denk- und Verhaltensmustern des Kalten Krieges in Kombination mit Atomwaffen wird die Abschreckungsstrategie fortgeschrieben. Der unheiligen Allianz von Mars und Mammon, die diese verhängnisvollen Trends steuert, gilt es Widerstand zu leisten.

¹ Lee Butler wird nach den «Blättern für deutsche und internationale Politik», 2/97, S. 162ff., zitiert.

² Vgl. Mary Kaldor, *Rüstungsbarock*, Berlin 1981.